

DEMOKRATIE WERKSTATT AKTUELL

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten!

Monatsausgabe April 2022

DIE ZUKUNFT DER EU -

IN UNSEREN HÄNDEN



**Sonder-Werkstatt-Reihe im Rahmen der
„Konferenz zur Zukunft Europas“**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

MITMACHEN, MITBESTIMMEN, MITGESTALTEN

von AL Leo Lugmayr

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Welch Verlass auf Österreichs Schulen, ihre Pädagoginnen und Pädagogen und ganz besonders auf die Schülerinnen und Schüler ist, zeigte sich einmal mehr bei der Durchführung von fünf herausragenden Workshops der Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments von Oktober 2021 bis Februar 2022. Unter der Schirmherrschaft von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fand in dieser Zeit die „Konferenz.Zukunft.Europa“ als eine Plattform des Dialogs statt.

Dabei handelt es sich um von Bürgerinnen und Bürgern getragene Debatten und Diskussionsreihen, bei denen die Menschen aus ganz Europa ihre Ideen austauschen und die gemeinsame Zukunft aller Europäerinnen und Europäer mitgestalten konnten. Die Konferenz, die von 1. Mai 2021 bis 30. April 2022 anberaumt war, war nicht nur die erste ihrer Art, sondern auch eine außergewöhnliche Initiative, die den Dialog zwischen und mit

den Bürgerinnen und Bürgern suchte. Was sagt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen selbst dazu? „Im Mittelpunkt unserer Politik müssen stets die Menschen stehen. Ich wünsche mir daher, dass sich alle Menschen in Europa aktiv an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligen und so die Prioritäten der EU maßgeblich mitbestimmen. Denn nur gemeinsam können wir unser Europa von morgen gestalten.“ (Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission) Genau diese Erwartungen erfüllten jene Jugendlichen, die sich in das von uns ausgearbeitete Format einbrachten. Im ersten Workshop setzten sich am 12. Oktober Schüler:innen der HAK Krems mit den Politikern NR Reinhold Lopatka und BR Ernest Schwindsackl zum Thema „Demokratie in Europa“ auseinander.

Am 9. November beschäftigten sich Lehrlinge der Berufsschule für Verwaltungsberufe mit dem Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“. Diskussionspartner:innen waren NR Eva Maria Holzleitner und NR Nico Marchetti.

Dem Thema Migration stellten sich am 1. Februar die Schüler:innen des Stiftsgymnasiums Seitenstetten und die

Abgeordneten NR Petra Steger und MEP Roman Haider live aus Brüssel; eine spannende Diskussion mit differenzierten Standpunkten.

„Klimawandel und Umwelt“ wurde am 3. Februar debattiert. Der Abgeordnete zum Nationalrat und frühere EU-Abgeordnete Michel Reimon durchleuchtete es gemeinsam mit Schüler:innen des BG und BRG Tulln.

Schüler:innen des BG und BRG Feldkirch tauschten sich am 22. Februar mit NR Nikolaus Scherak zum Thema „Prinzip der Rechtsstaatlichkeit“ aus.

Dass alle fünf Workshops auf derart hohem Niveau gelingen konnten, ist nicht zuletzt der sorgfältigen Vorbereitung durch das Workshopteam der Demokratiewerkstatt und der dienstübergreifenden Zusammenarbeit mit der EU-Abteilung (6.2) zu danken. Nicht denkbar wären solche Veranstaltungen allerdings, hätten nicht Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen im täglichen Unterricht substanzielle Vorarbeit geleistet.

So wurden wir gemeinsam jener Forderung gerecht, welche die Konferenz als Präambel definiert hatte: ein öffentliches Forum zu bieten für eine offene, inklusive und transparente Bürgerdebatte.



Eindrücke aus den Workshops, im Gespräch mit ...



Nico Marchetti und Eva Maria Holzleitner



Ernest Schwindsackl



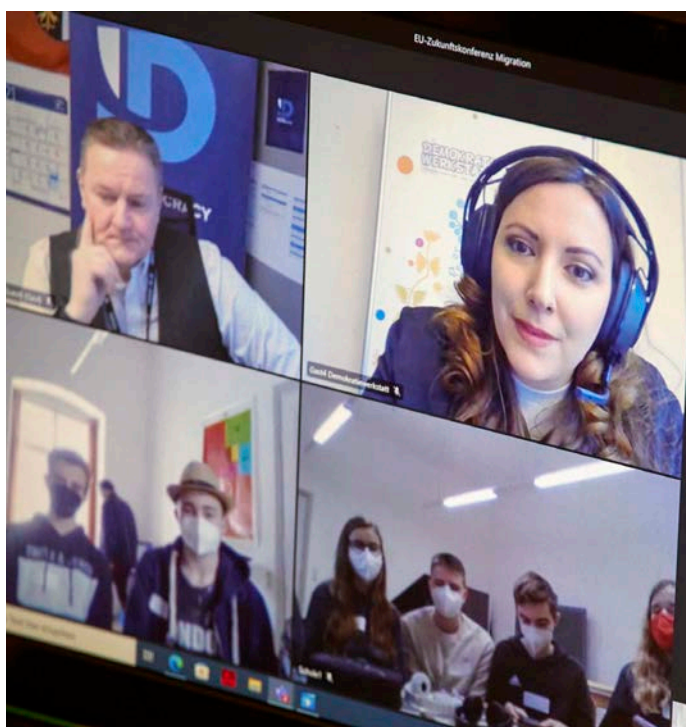
Nikolaus Scherak



Reinhold Lopatka



Michel Reimon



Roman Haider und Petra Steger

... Das meinen die Klassen und LehrerInnen!

„Der Workshop bietet eine ausgezeichnete Grundlage, sich an die Werte und Ziele der EU heranzutasten. Für viele Schüler:innen ist es eine erste Gelegenheit, sich vertiefend auf Themen wie "Grüner Wandel", "Schutz der Verbraucher:innen online wie auch offline", "Schutz der Menschen in Europa vor Terrorismus und organisiertem Verbrechen" usw. einzulassen. Vor allem ist positiv zu vermerken, dass sich die Schüler:innen wahrgenommen, beachtet und ernstgenommen fühlen. Das Gefühl, dass man auf sie zugeht und sie mitreden und -gestalten lässt, schafft eine Atmosphäre der Zugehörigkeit. Dass dies auch im direkten Kontakt mit einem Parlamentarier geschehen ist, ist ebenfalls ein positiver Aspekt, insofern dass die Distanz zwischen den Jugendlichen und den "Politiker:innen" ("die da oben") verringert werden kann. Nicht zuletzt auch die "technische" Seite: Es hat den Schüler:innen sichtlich Spaß gemacht, an der Gestaltung eines Podcast beteiligt zu sein.“

7A, BG/BRG Feldkirch

GÄSTEBUCH

„Im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz erlebten wir den Workshop als wertvolle Erfahrung für unser weiteres Leben in der EU-Gemeinschaft. Besonders spannend war die Themenaufbereitung in kleineren Gruppen, wodurch ein ausgezeichnete Austausch untereinander entstand. Die Diskussion mit dem Herrn Nationalratsabgeordneten Reinhold Lopatka und Bundesrat Herrn Ernest Schwindsackl gab uns Jugendlichen das Gefühl, gehört zu werden. Unser Auftrag war es, Lösungen für unsere Zukunft als „junge“ Generation zu finden und das konnten wir mithilfe dieses Workshops meistern. Schlussendlich ist es gut, dass unsere Ideen nicht minimiert wurden, sondern darauf zurückgegriffen wird, da wir dadurch unsere Zukunft mitgestalten können. Vielen Dank für diese hervorragende Möglichkeit!“

4CK, HAK Krems

„Demokratiebewusstsein und Interesse an politischer Teilhabe können nicht gelehrt werden, sondern müssen gelebt werden. In diesem Sinne ist es wichtig, dass Schulen Angebote nützen, die Schüler:innen eine Partizipation zum Gedankenaustausch, Informationserhalt und Diskussion ermöglichen. Die Demokratiewerkstatt ist seit Jahren ein wichtiger Partner, um den Schulunterricht zu unterstützen und zu ergänzen. Workshops wie jener zum Thema „Klima und Umweltschutz“ bieten Schüler:innen die Möglichkeit, mitzugestalten und sich somit der eigenen Mitverantwortung innerhalb der Gesellschaft bewusst zu werden. Die Schüler:innen der Klasse 7A des BG/BRG Tulln haben mit großer Freude und Engagement den Workshop erlebt. Die letzten zwei Jahre haben es pandemiebedingt nicht leicht gemacht, außerschulische Lernorte zu besuchen. Die Auseinandersetzung mit den Themen Ressourceneffizienz & Kreislaufwirtschaft, Biodiversität & Umweltverschmutzung sowie gerechter und inklusiver ökologischer Umgang waren für die Lernenden spannend und neu. Vor allem die Diskussion mit dem Abgeordneten Michel Reimon war das Highlight des Workshops. Der Austausch mit einem „echten“ Politiker wird den Schüler:innen lange in Erinnerung bleiben.“

BG/BRG Tulln

Mit jungen Menschen über Zukunftsthemen zu diskutieren, ist gerade in diesen herausfordernden Zeiten sehr wichtig. Die EU-Workshops der Demokratiewerkstatt motivieren Jugendliche, aktiv zu werden. Und das ist wichtig, Europa aktiv zu gestalten, denn Europa ist eine Idee, die ständig diskutiert und kommuniziert werden muss. Die Grundgedanken des Friedens und der humanitären Werte müssen gelebt, die Elemente der Wirtschaft und Demokratie gestärkt werden. Sich passiv zurückzulehnen, birgt die Gefahr in sich, dass über einen bestimmt wird und Europa unter Zugzwang gerät. Gerade die Diskussion zum Thema Migration mit zwei Abgeordneten der FPÖ war eine besondere Herausforderung: Da heißt es schnell hinterfragen, Fakten checken, hartnäckig bleiben, ... Ein herzliches Dankeschön dem Team der Demokratiewerkstatt für die Organisation der Workshop-Reihe, die Vorbereitung, die Moderation und die Reflexionsgespräche. Leo Lugmayrs mündliches und schriftliches Feedback ermutigte die Schülerinnen und Schüler der 6A sich weiter Gedanken über Europa zu machen. Ihre Essays sollen in einem Buchprojekt Platz finden.

6A, Stiftsgymnasium Seitenstetten

DEMOKRATIE IN EUROPA

Im ersten Workshop, im Rahmen der Workshop-Serie der Konferenz zur Zukunft Europas, beschäftigten sich die Teilnehmenden mit dem Thema „Demokratie in Europa“. Zu diesem Thema konnten sich die Schüler:innen der 4CK der HAK Krems mit den Politikern Reinhold Lopatka und Ernest Schwindsackl austauschen und Wünsche für die Zukunft der europäischen Union formulieren. Lesen Sie im Folgenden Ausschnitte des Podcasts:

Schüler:innen: „Griß eich! Wir sind die 4CK der HAK Krems. Wir sind zwischen 17 und 19 Jahre alt. In diesem ersten Workshop konnten wir uns zum Thema „**Demokratie in Europa**“ austauschen. Wir haben uns in drei kleineren Gruppen mit verschiedenen, vertiefenden Zugängen beschäftigt: „EU-Politik: mitreden/mitgestalten“, „Unsere Demokratie schützen“ und „Medien. Stärkung von Information/ Bekämpfung von Desinformation“. Zu diesen Themen haben wir uns viele Gedanken gemacht und haben mit Diskussionspartnern zu diesen Themen gesprochen. Diese waren Herr Reinhold Lopatka – er ist Abgeordneter zum Nationalrat und Herr Ernest Schwindsackl – er ist Bundesrat.“

EU-Politik: mitreden/mitgestalten

Schüler:innen: „Wir haben uns mit den unterschiedlichen Wahlsystemen innerhalb der EU beschäftigt. Hierbei sind uns Unterschiede aufgefallen, wie zum Beispiel Wahlberechtigungen bzw. Wahlbestimmungen. Österreich und Malta sind Vorreiter in der Demokratie, indem sie schon 16-jährige Staatsbürger und Staatsbürgerinnen wählen lassen. Warum kann man das nicht EU-weit einführen? Mit diesem Ansatz würden Jugendliche beteiligt werden. Immerhin ist es unsere Zukunft.“

NR-Abg. Lopatka: „Um es auf den Punkt zu bringen: Diese Europäische Union hat in vielen Bereichen nicht die Möglichkeit, den einzelnen Ländern etwas vorzuschreiben. Wahlrecht ist nach wie vor ein nationalstaatliches Recht. Aber wenn von ihnen diese Anregung kommt, dann ist es etwas ganz Wichtiges, dass man auch darüber nachdenkt.“

Schüler:innen: „Apropos Zukunft. Wie schon vorhin erwähnt, wäre unserer Meinung nach eines allgemeinen E-Votings ein wichtiger Schritt.“

NR-Abg. Lopatka: „Ich persönlich bin absolut davon überzeugt, dass das die Zukunft ist, weil unser Leben in diese Richtung geht. Und wenn du Bankgeschäfte abwickeln kannst, ist es technisch auch

bei Wahlen möglich. Ich glaube, ihr Denken geht 100%ig in die richtige Richtung. Die Frage ist nur, wann wird es umgesetzt?“

Schüler:innen: „Wir haben uns mit unserer Verantwortung in der EU beschäftigt. Vor allem damit, dass sich dieser viele EU-Bürger und Bürgerinnen nicht bewusst sind. Vielen Personen fehlt das Bewusstsein, dass eine Demokratie nicht selbstverständlich ist und dass diese ohne Beteiligung nicht funktioniert. Uns ist allerdings aufgefallen, dass wir kaum über die EU informiert werden. Wenn wir Informationen bekommen, ist uns deren Bedeutung oft nicht bewusst. Unser Wunsch ist daher, dass wir die Informationen lebendiger erhalten und das besonders jüngeren Bürgern und Bürgerinnen die Bedeutung der EU bewusst gemacht wird.“

BR Schwindsackl: „Ganz ein wichtiger Ansatz: Information ist in erster Linie Bring- aber auch Holschuld; Ist es auch insofern, gerade wenn man interessierte Bereiche vertiefen möchte, dann kann man sich die holen. Man hat hier viele Möglichkeiten, gerade wegen der vielen technischen Varianten, die es da gibt.“





Unsere Demokratie schützen“

Schüler:innen: „Wir haben uns mit dem Thema „Demokratie schützen“ und dem Thema „Wahlbeteiligung“ beschäftigt. Wir finden es wichtig, wählen zu gehen, da es unsere Zukunft bestimmt. Und durch die Parteien, die wir wählen, lassen wir unsere Ansichten vertreten. Das Problem ist das mangelhafte Wissen der Jugend. Das heißt, die Wahlbereitschaft ist geringer, weil das Wissen über Parteien und Ziele der Parteien fehlt. Also, im Großen und Ganzen würden wir es gut finden, wenn ein Team aktiv auf Social Media Plattformen Informationen über die Politiker, über die Parteien weiterleitet, und an die Jugend weitergibt.“

BR-Schwindsackl: „Da muss man sicher stark daran arbeiten! Und ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir hier die Information und natürlich den Weg zur Wahl unbedingt weiter forcieren. Über alle möglichen Medien.“

Schüler:innen: „Ein Lösungsansatz von uns wäre, dass die Länder ein prozentuelles Mitspracherecht haben. Dieses prozentuelle Mitspracherecht orientiert sich an der Bevölkerungszahl des Landes. Beispielsweise, wenn wir jetzt einfache Zahlen nehmen: Österreich hätte zum Beispiel 10% Mitspracherecht im EU-Parlament. Und es wurde in Österreich so gewählt, dass beispielsweise 50% der österreichischen Bürger für die ÖVP gestimmt haben. Somit hätte die ÖVP für Österreich 5% Mitspracherecht im EU-Parlament. Es stellt sich die Frage, ob dieses Konzept umsetzbar wäre?“

NR-Abg. Lopatka: „Nein. Nein, ich glaube nicht.“

Ganz offen gesagt, warum? Wir müssen aufpassen, dass die Europäische Union eine Union aller Mitgliedsstaaten ist und nicht die großen Länder wie Deutschland und Frankreich, alles bestimmen und die Kleinen keine Möglichkeit haben. Jetzt ist Europa schon sehr kompliziert. Es ist für uns als Politiker nicht einfach, das nachzuverfolgen. Wer darf jetzt wo, mit welchen Mehrheitsverhältnissen Änderungen herbeiführen? Also, um es auf den Punkt zu bringen: Es ist gut, solche Ideen einzubringen, damit man auch auf Europaebene bemerkt, wir sollten auch darüber nachdenken.“

Medien. Stärkung von Information/ Bekämpfung von Desinformation

Schüler:innen: „Für uns als Jugendliche wirkt die EU ziemlich weit weg. Um eben diese direkte Information zu den Bürgern und Bürgerinnen der EU bzw. uns Jugendlichen zu fördern, würden wir uns ein EU-weites Medium wünschen. Dieses Medium würde auch dabei helfen, die Bürger und Bürgerinnen der EU besser zu informieren und den Informationsfluss in den verschiedenen Ländern zu erhöhen. Es würde auch dabei helfen, Desinformation zu erkennen und sie zu entkräften. Durch dieses gemeinsame Medium würden auch der Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Ländern in der EU gesteigert werden. Natürlich ist es uns auch wichtig, dass die Medien in den verschiedenen Ländern selbstständig weiter informieren dürfen.“

BR-Schwindsackl: „Man soll immer positiv denken. Und auch in dem Fall wie sie es angeregt haben. Es wird nur „wahnsinnig schwierig“ sein, hier eine gemeinsame Plattform zu finden. Sag aber niemals nie. Alle Möglichkeiten sollen ausgelotet, überlegt und diskutiert werden. Schwierig, aber wie gesagt, es soll nichts unmöglich sein. Wenn man von Vorheren sagt, das geht nicht, dann wird nie was daraus. Darum sind diese Vorschläge so wichtig. Ich würde sagen, die Idee und die Anregung sind ausgezeichnet.“

Schüler:innen: „Wir haben heute hier unsere Forderungen an die EU weitergegeben und sind sehr dankbar dafür, dass uns zugehört wurde und wir Antworten bekommen haben. Die Möglichkeit dazu hat nicht jeder, und wir sind froh, ein Teil davon gewesen zu sein.“

Fotos: © Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

EINE STÄRKERE WIRTSCHAFT, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG

In diesem Workshop beschäftigten sich Lehrlinge der Berufsschule für Verwaltungsberufe, Embelgasse mit dem Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“. Sie sprachen über dieses Thema mit den beiden Nationalratsabgeordneten Eva Maria Holzleitner und Nico Marchetti.

Schüler:innen: „Wir sind die Klassen 1C und 1D aus der Berufsschule Embelgasse im 5. Bezirk in Wien. Wir sind 15 bis 21 Jahre alt. In dem heutigen Workshop konnten wir uns zu dem Thema „**Eine stärkere Wirtschaft**“, „**Soziale Gerechtigkeit**“ und „**Beschäftigung**“ austauschen und Wünsche für die Zukunft der Europäischen Union formulieren. Über dieses Thema haben wir mit zwei Abgeordneten geredet. Zu Gast waren Eva Maria Holzleitner und Nico Marchetti. Wir haben uns in drei kleinere Gruppen aufgeteilt und jede Gruppe hat sich mit einem anderen Aspekt der Themen beschäftigt.“

Erholung von Corona – Wie können wir die Corona-bedingten wirtschaftlichen und sozialen Schäden beheben?

Schüler:innen: „Wir haben uns mit dem Thema „Erholung von Corona“ beschäftigt und über das Programm „Next generation EU“ geredet. Wir finden es richtig gut, dass die „Next generation EU“ Geld zur Verfügung stellt, aber unserer Meinung nach sollten sie das Geld nicht für eine Idee nutzen, sondern eher für den sozialen Wiederaufbau. Unserer Einschätzung nach, sind die Schwerpunktsetzungen des Programms auf *make it green* und *make it digital* für die Jugend nicht so wichtig, wie andere Kernbotschaften. Natürlich sind auch diese Themen im Allgemeinen wichtig, jedoch erscheinen uns Jugendlichen die Themen Gleichberechtigung und Gerechtigkeit sowie Investitionen im Bereich *make it strong* wichtiger, um Ausbildung und Job zu fördern.“

NR-Abg. Holzleitner: „Es ist extrem wichtig, dass wir unsere Lebensgrundlage, die Erde und das Klima, schützen und da einfach investieren. Wenn dadurch Jobs, zum Beispiel im fossilen Bereich, verloren gehen, dann gibt es eine große Hoffnung, und zwar das Thema „green jobs“. Grüne, nachhaltige Berufe, wo man natürlich dann auch darauf schauen muss, dass genügend davon da sind.“

Gibt es ausreichend grüne Jobs, haben die Menschen dann trotzdem Zukunftschancen und finden wieder einen Platz am Arbeitsmarkt.

NR-Abg. Marchetti: Und ich glaube bei der Zielsetzung gibt es nicht ein Entweder-Oder. Man kann nicht sagen, man tut etwas für das Klima und deswegen tut man für das andere „nix“. Es gilt, möglichst umfassende Lösungen zu finden und natürlich auf Transparenz achten, was ist jetzt Österreich, was ist die EU. Da kann man bei der Kommunikation auf jeden Fall noch einiges machen, dass das klarer herauskommt.“

Mehr Beschäftigung, Wachstum und Investitionen – Wie können wir durch Investitionen in den EU-Binnenmarkt unsere Wirtschaft nachhaltig ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen? Wie können wir insbesondere jungen Menschen helfen, wieder am Jobmarkt Fuß zu fassen?

Schüler:innen: „Wir haben uns den Europäischen Binnenmarkt genauer angeschaut und überlegt, wie sich Corona darauf auswirkte. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, vor allem in der Produktionsindustrie. Und auch bei bestimmten Produkten gab es Engpässe, wie zum Beispiel bei Medikamenten. Deswegen sind wir der Meinung, dass beim Binnenmarkt mehr auf die Produktionskraft im europäischen Raum gesetzt werden sollte. Uns ist aber auch bewusst, dass nicht alles in der EU produziert werden kann. Somit könnte eine Ressourcenknappheit wie während der Pandemie verhindert bzw. verringert werden. Zweitens würde auch die Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarktes für Arbeitsplätze sorgen, zum Beispiel würde es neue Jobs in der Verwaltung schaffen.“



NR-Abg. Marchetti: „Ich glaube, da müssen wir darauf schauen – auch wenn es vielleicht teurer ist –, dass wir nicht nur Dinge im Ausland produzieren, sondern auch in Europa und dort versuchen einen Zugang zu finden: Wie haben wir quasi eine gewisse Autarkie, bei wesentlichen Teilen der Produktion.“

NR-Abg. Holzleitner: „Ein wichtiger Vorteil, den wir beim EU-Binnenmarkt haben, ist, dass es arbeitsrechtliche und vor allem auch kinderrechtliche Standards gibt. Deswegen ist es, auch für Konsumentinnen und Konsumenten, ganz wichtig, dass es beispielsweise ein Lieferkettengesetz gibt. Sodass ich einfach weiß, wenn ich mir ein Produkt kaufe, woher kommt dieses Produkt und was ist auf dem Weg des Produkts bis zu mir alles passiert. Da gibt es auf europapolitischer Ebene Entwürfe, und ich glaube, das ist ein sehr, sehr wichtiger und guter Schritt.“

Schüler:innen: „Wir haben uns auch damit beschäftigt, wie man den Einstieg in die Arbeitswelt den Jugendlichen erleichtern kann. Wir würden uns wünschen, ein Auslandspraktikum zu machen, um die Arbeitswelt in den anderen Ländern der EU kennenzulernen.“

NR-Abg. Holzleitner: „Es gibt bereits ein bezahltes oder unterstützendes Austauschprogramm auf Europaebene, gefördert von der Europäischen Union: Das heißt Erasmus+. Das Tolle daran ist, dass man für die Ausbildung eben in ein anderes EU-Land gehen kann. Dieses Programm ist auch für Lehrlinge offen.“

Eine integrativere und gerechtere Wirtschaft – Wie kann die EU die Bürgerrechte schützen und eine Wirtschaft für alle schaffen?

Schüler:innen: „Wir haben uns mit dem Thema einer integrativen, gerechteren Wirtschaft in der EU befasst. Wir beobachten bereits in Österreich, dass Personen für den gleich Job unterschiedliche Löhne erhalten; sei es aufgrund der Matura, eines Titels oder des Geschlechts. Während der Diskussion sind wir draufgekommen, dass die Ungleichheiten früh

beginnen. Da die EU bereits viel Geld in die Bildung investiert hat, war unsere Frage, wie dieses Geld verwendet wird.“

NR-Abg. Holzleitner: „Da ist auf EU-Ebene gerade ein Vorschlag in Ausarbeitung zum Thema „Gehaltstransparenz“. Weil das wirklich ein untragbarer Zustand ist, wenn der Kollege am Schreibtisch nebenan noch immer mehr verdient, obwohl er dieselbe Tätigkeit wie ich vielleicht verrichtet. Hier würde Gehaltstransparenz einfach mehr Klarheit und vor allem zu gerechter Bezahlung zwischen Frauen und Männern führen.“

Schüler:innen: „Unsere nächste Frage war, wie die EU es schaffen will, dass die Löhne und die Rente ausgeglichen sind. Das wäre uns besonders wichtig.“

NR-Abg. Marchetti: „Die EU macht das ja in vielen Bereichen, nicht nur in dem, sie versucht gemeinsame Zielsetzungen zu formulieren. Und anhand dieser Zielsetzungen setzt man einen Rahmen, als eine rote Linie innerhalb derer die Nationalstaaten dann selbst Lösungen finden müssen. Und das ist ein sehr, sehr wichtiger Modus, den die EU da gefunden hat, mit diesen Themen umzugehen.“

NR-Abg. Holzleitner: „Eine gerechte Arbeitswelt, eine gerechte Wirtschaft ist ein extrem wichtiges Thema und da sollte es natürlich nicht passieren, dass Menschen auf der einen Seite ausgebeutet werden oder einen ganz, ganz niedrigen Lohn bekommen. Deswegen gibt es da zum Beispiel auch die Diskussion rund um einen europäischen Mindestlohn. Und das gilt dann eben auch auf nationalstaatlicher Ebene. Somit ist es auch unsere Aufgabe, das in nationale Gesetze zu gießen.“

Fotos: © Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen



MIGRATION

Der dritte Workshop, im Rahmen der Workshop-Serie Konferenz zur Zukunft Europas, widmete sich dem Thema Migration. Im Gespräch mit den beiden Abgeordneten zum Nationalrat Petra Steger und MEP Roman Haider konnten sich die Schüler:innen austauschen und ihre Wünsche für die EU besprechen. Lesen Sie hier Ausschnitte aus dem Podcast:

Schüler:innen: „Hallo zu unserem Podcast! Wir sind die 6A Klasse aus dem Stiftsgymnasium Seitenstetten und zwischen 15 und 16 Jahre alt. In diesem heutigen Online Workshop konnten wir uns zum Thema „Migration“ austauschen und Wünsche für die Zukunft der Europäischen Union formulieren. Wir haben uns in drei Kleingruppen mit den folgenden Themen vertiefend beschäftigt. „Asyl und Migration“, „integriertes Grenzmanagement und internationale Zusammenarbeit“ sowie „legale Migration und Integration“. Unsere Diskussionspartner/ Partnerinnen waren Petra Steger und Roman Haider.“

Asyl und Migration

Schüler:innen: „Wir finden, dass die Errichtung von sogenannten Transitzonen ein sehr ehrgeiziges Projekt ist und stellen uns die Frage, wie die Infrastruktur diesbezüglich gedacht ist. Welche Staaten sind zuständig oder gibt es EU-Beamten aller Mitgliedsstaaten, die für den Ablauf verantwortlich sind? Wie sind sie geschult und ist gewährleistet, dass nicht wieder Länder mit EU-Außengrenzen wie Griechenland und Italien allein verantwortlich und finanziell zuständig sind?“

MEP Haider: „Die Idee von Transitzonen ist ja, dass man diese schon außerhalb der EU-Zonen errichtet, wo schon im Vorverfahren eine Prüfung, ob ein Antrag auf Asyl, egal in welchem EU-Staat, überhaupt Aussicht auf Erfolg hat. Damit wären auch die Behörden in den EU-Staaten entlastet. Da ist, meiner Meinung nach, die Einrichtung von Transitzonen ein gutes Instrument.“

Schüler:innen: „Bei dem geplanten Screening-Verfahren fragen wir uns, wie die Persönlichkeitsrechte, zum Beispiel Datenschutz, gewährleistet sein sollen? Wir stellen uns zum Beispiel auch die Frage, ob Gefahren für die Asylsuchenden durch die Digitalisierung erhöht werden? Wir sehen ein Problem, wenn es keine persönlichen Beratungen und Gespräche bzw. keine Belehrung über Rechtsmittel geben kann.“



NR-Abg. Steger: „Die Europäische Union muss versuchen, Informationen einzuholen. Wenn jetzt tatsächlich ein Fluchtgrund besteht und die Person auch einen Ausweis vorlegt, also nachweisen kann, dass dieser Fluchtgrund besteht, wird das überhaupt kein Problem sein, den Asylstatus zu erlangen. Das heißt, es ist einfach insgesamt wichtig, diesen Screening-Prozess umzusetzen, damit man Missbrauch abstellt.“

Integriertes Grenzmanagement und internationale Zusammenarbeit

Schüler:innen: „Es gibt immer mehr Flüchtende und Asylanträge in Bezug auf die Umwelt. Wir haben einfach eine sehr schlechte Klimapolitik und es wird sich definitiv aufgrund des Klimawandels weiter verschlechtern. Aufgrund dessen werden auch mehr Flüchtlinge kommen als bisher. Wir finden, dass man da in Bezug auf Klimapolitik mehr agieren müsste, bzw. es mehr Veränderungen bräuchte, um dann vorzubeugen und zu verhindern.“

MEP Haider: „Die Idee, die da dahinter steht, dass man quasi Migration, wo man eh schon sieht, man hat in den nächsten Jahren ein Problem, dass man versucht, das zu verhindern. Diese Idee teile ich uneingeschränkt. Da gibt es jetzt schon Programme, diese Menschen nahe ihres jetzigen Lebensorts zu halten und die auch fit macht, um selbst für ihre Zukunft und für ihr Leben aufkommen zu können.“

Schüler:innen: „Das wäre natürlich, was nahe liegt, Probleme vor Ort zu lösen und faire Handelsbeziehungen über längere Zeitspannen aufzubauen. Diese Länder sollten wirtschaftlich gefördert und Beziehungen aufgebaut werden, und zwar nicht mit kriegsfördernden Produkten, wie zum Beispiel Waffen, sondern mit Produkten, die ihnen wirklich helfen, ihr Land wieder aufzubauen. Und dazu gehört natürlich Wissenstransfer, und das Ganze muss natürlich ökologisch vertretbar sein.“

NR-Abg. Steger: „Dieser Aussage kann ich nur 100% recht geben. Wissenstransfer ist das eine, denn man muss die Menschen in eine Situation versetzen, um die Lage vor Ort zu verbessern und eine bessere Gesellschaft dort aufzubauen. Wenn wir zum Beispiel jede Migration zulassen und alle ihre Gegend – wie auch immer – verlassen, bleibt am Schluss nichts mehr in dem jeweiligen Land übrig, was eine gute Gesellschaft aufbauen soll. Wissenstransfer, internationale Entwicklung spielt da natürlich eine große Rolle. Man muss einfach etwas tun, wir als Europäische Union, aber auch wir als Österreicher haben natürlich eine Verantwortung dort helfend zur Seite zu stehen, um einfach ein besseres Leben vor Ort sicherzustellen. Und das betrifft auch den Bereich Asyl.“

Legale Migration und Integration

Schüler:innen: „Ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit Integration und Migration ist die Sprache, also dass Dolmetscher an Grenzen angestellt werden, um Migranten zu unterstützen und ihnen zu helfen, einen richtigen Antrag zu stellen, um ihnen entsprechende Informationen zukommen zu lassen.“

MEP Haider: „Ich glaube bei diesem Thema werden zwei Themen vermischt. Ein Asylsuchender, der nach Österreich kommt, der braucht nicht an der Grenze einen Dolmetscher. Der bekommt den Dolmetscher während des Verfahrens ohnehin gestellt, wenn er zu den Behörden gegangen ist und einen Asylantrag stellt. Der Sinn von Asyl ist, dass man, wenn sich die Situation in dem Heimatland verbessert hat, wieder zurückgeht. Das heißt Dolmetscher an den Grenzen wären völlig das falsche Signal und auch von der Menge her gar nicht notwendig. Genau dafür sollte es ja Transitzonen geben, die auch außerhalb der EU schon vorprüfen, ob ein Asylantrag überhaupt eine Chance auf positiven Bescheid hat oder nicht.“

Schüler:innen: „Unser zweiter Punkt ist der Austausch zwischen Staaten mit Botschaftern und Vorinformationen, damit keine Angst bei den Migranten bei der Aufnahme bzw. vor einer Nicht-Aufnahme entsteht. Und auch im Land woher die BotschafterInnen kommen. Darum haben wir gesagt, ist der Austausch zwischen den Staaten, zum Beispiel mit Botschaftern, wichtig.“

NR-Abg. Steger: „Da kann ich nur recht geben. Es ist natürlich auch Aufgabe von Österreich, aber natürlich auch der Europäischen Union, um auch diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Das wird auch getan. Ich glaube es gibt sehr, sehr viele Möglichkeiten, sich in verschiedenen Sprachen zu informieren und das ist oft auch nicht das Problem von Menschen, die nach Österreich kommen wollen. Wenn ein Asylverfahren gewünscht wird, dann gibt es einen Dolmetscher, dann gibt es auch Begleitung beim Asylverfahren, wenn die Sprache nicht gesprochen wird. Also da wird dafür gesorgt. Aber wenn eine Person auch diese Informationen hat, dass es zum Beispiel keinen Asylgrund gibt und sich dann trotzdem auf den Weg macht, quer über Kontinente, ist das nachvollziehbar, aber ein Missbrauch des Systems.“

Fotos: © Parlamentsdirektion / Thomas Topf



KLIMAWANDEL UND UMWELT

Im Zentrum dieses Workshops stand das Thema „Klimawandel und Umwelt“. Gemeinsam mit Abgeordneten zum Nationalrat und früheren EU-Abgeordneten Michel Reimon tauschten sich die Schüler:innen nicht nur über unterschiedliche Fachthemen aus, sondern diskutierten auch ihre Wünsche für die Europäische Union mit. Im Folgenden finden Sie Auszüge aus dem Podcast:

Schüler:innen: „Wir sind die 7A aus dem BG Tulln und wir sind 16 bis 18 Jahre alt. Die Demokratiewerkstatt des Österreichischen Parlaments veranstaltet im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ eine Serie mit fünf Workshops mit Jugendlichen und österreichischen Parlamentariern und Parlamentarierinnen. In diesem heutigen Online-Workshop konnten wir uns zum Thema **Klimawandel und Umwelt** austauschen und Wünsche für die Zukunft der Europäischen Union formulieren. Wir haben uns in 3 Gruppen mit verschiedenen Zugängen aufgeteilt. Die Themen waren „Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft“, „Wiederherstellung der Biodiversität und Reduzierung der Umweltverschmutzung“ sowie „Gerechter und inklusiver ökologischer Übergang.“ Zu diesem Thema haben wir uns viele Gedanken gemacht und darüber auch mit einem Politiker geredet. Unser Gesprächspartner war Herr Abgeordneter Michel Reimon. Hört jetzt in unser Gespräch rein.“

Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft

Schüler:innen: „Wir haben uns mit dem Verbraucherrecht befasst und uns dazu Gedanken gemacht. Und zwar finden wir, dass man zum einen das Bewusstsein in der Bevölkerung fördert für umweltfreundlichen Konsum. Und zum anderen, dass es auch wichtig ist, große Konzerne mit einzubinden, weil die großen Konzerne die meisten Marktanteile haben. Außerdem sollten große Konzerne den Umweltgedanken mehr in den Vordergrund rücken und nicht mehr nur auf Profit gehen.“

NR-Abg. Reimon: „Damit sind wir schon bei dem Problem, dass das eben ein Kampf mit einer rein profitorientierter Wirtschaft ist, die unser größtes Problem im Umweltschutz ist. Wenn wir jetzt noch einmal zu den Konzernen gehen – es ist ja in Wahrheit noch viel schlimmer – die dürfen sich gar nicht so ökologisch verhalten, dass sie weniger Profit machen, weil du als Geschäftsführer eines solchen Unternehmens verpflichtet bist, den maximalen Profit für deine Aktionäre und Aktionärinnen zu ma-

chen.“

Ich finde es ist Aufgabe der Politik, der Gesetzgebung denen das vorzuschreiben und nicht zu sagen, wer ökologisch sein will, darf es halt und soll halt. Und da braucht es den öffentlichen Druck. Veranstaltungen wie Demonstrationen, online Petitionen etc. Ohne Druck bewegt sich gar nichts.“

Schüler:innen: „Oftmals haben die Kleinbauern überhaupt keine Chance, gegenüber Großkonzernen zu bestehen und deswegen sollten diese Kleinbauern gefördert werden. Man sollte die Bio-Produktion fördern, indem man beispielsweise mehr Fläche für die biologische Landwirtschaft verwendet. Auch sollte die Kennzeichnung deutlicher gemacht werden, von wo ein Produkt stammt und Produkte, die mit „Made in Austria“ gekennzeichnet sind, sollten auch dann wirklich aus Österreich sein.“

NR-Abg. Reimon: „Ja, das ist ein Bereich, wo ich finde, dass einerseits wirklich viel passiert ist. Zufrieden sein können wir mit vielem nicht. Das mit dem Herstellungsort zum Beispiel, da ist oft „Made in Austria“ drauf, nur weil der letzte Verarbeitungsschritt in Österreich passiert ist. Das wirklich ehrlich durchzusetzen, ist auch für die österreichischen Produzent:innen teurer. Die sind im Konkurrenzkampf mit den ausländischen, die in Billigregionen produzieren und wollen nicht bei uns strengere Standards.“





Wiederherstellung der Biodiversität und Reduzierung der Umweltverschmutzung

Schüler:innen: „Wir wünschen uns, dass der Flugverkehr mehr besteuert wird und unter anderem die CO2 Kompensation verpflichtend in den Preis der Flugtickets inkludiert wird. Gleichzeitig soll der Zugverkehr auch EU-weit stärker gefördert werden sowie Flugalternativen günstiger sein.“

NR-Abg. Reimon: „Da haben wir eine große Chance in den nächsten Jahren, große Schritte zu machen. Ich finde kaum noch jemanden, der verteidigt, dass Flugtreibstoff unbesteuert ist. Da glaube ich, bewegt sich was, auch der Ausbau der Züge.“

Schüler:innen: „Wir sehen es als große Herausforderung, Menschen, die in Bereichen tätig sind, die keine Zukunft haben, vor der Arbeitslosigkeit zu schützen. Fördergelder müssen daher konkret und zeitnah in Umschulungen investiert werden. Und auch die Bereiche, die zukünftige Jobs anbieten sollen, müssen ebenfalls gefördert werden. Sie können damit Ausbildungen und vor allem Jobs anbieten und helfen, auch jenen Menschen, die akut von Verschiebungen am Arbeitsmarkt betroffen sind, damit sie eine sichere Zukunft haben.“

NR-Abg. Reimon: „Der Schutz unserer Arbeitnehmer:innen - da muss umgedacht werden und ein bisschen passiert das. Das eine ist umschulen und Leute fit zu machen für einen zukünftigen Arbeitsmarkt. Ich meine, mit der Digitalisierung ist der Umbruch teilweise brutal schnell. Wir müssen da nicht nur bei uns mit der Umschulung umdenken, sondern bei mir beginnt es wieder bei der Handelspolitik. Wir müssen auch dafür sorgen, dass

der Arbeitsmarkt, den wir hier bei uns schaffen, dann hier auch die Produkte und die Dienstleistungen verkaufen kann. Hier beginnt ein Umdenken.“

Sicherstellung eines gerechten und inklusiven ökologischen Übergangs

Schüler:innen: „Unserer Meinung nach sollte sich die Chancengleichheit in der EU auch auf die unterschiedlichen Regionen auswirken. Also jene Staaten, die vom Klimawandel betroffen sind, sollten durch stärkere Förderungen bzw. Hilfspakete von anderen Staaten unterstützt werden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollte die EU außerdem diese Maßnahmen auf Nicht-EU-Staaten ausweiten. Als langfristige Investition, zum Beispiel zur Prävention vor zukünftigen Klimaflüchtlingen.“

NR-Abg. Reimon: „Da ist einiges unterwegs. Es gibt ja diesen Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten. Was die außereuropäischen Länder angeht, wächst das Bewusstsein dafür. Hilfsmäßig wird das tatsächlich vielleicht eines der ganz großen Themen werden.“

Schüler:innen: „Uns als Jugendliche ist Beteiligung sehr wichtig, weil unser Leben damit zusammenhängt, wie sich das Klima eben in der Zukunft verändert. Wir finden es schwierig, sich als junger Mensch einbringen zu können und es ist besonders schwierig, mit den Entscheidungsträgern oder Entscheidungsträgerinnen in Kontakt zu kommen. Wir haben auch das Gefühl, als junge Menschen nicht immer ernst genommen zu werden.“

NR-Abg. Reimon: „Das verstehe ich, weil es mir genauso geht. Weil Politik in einem Raum mit 700 Millionen Einwohner:innen und 27 Regierungen mit unterschiedlichen Interessen und innerhalb der Länder auch noch mit unterschiedlichen Parteien und Interessen so nicht funktioniert. Das Gefühl, das ihr habt, dass es schwer ist und man kaum durchkommt – lasst euch von dem nicht frustrieren, sondern im Gegenteil, nehmt das als die Aufgabe, die zu knacken ist, gerade für eure Generation.“

Schüler:innen: „Also wir nehmen aus unserer Diskussion mit, dass es wichtig ist, sich für Themen, die einem wichtig sind zu engagieren oder dass wir uns einbringen und natürlich auch laut auftreten. Weil uns die Sache sehr wichtig ist.“

Fotos: © Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

DAS PRINZIP DER RECHTSTAATLICHKEIT

Der fünfte und finale Workshop im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas widmete sich dem Prinzip der Rechtstaatlichkeit. Die Teilnehmer:innen beschäftigten sich nicht nur theoretisch mit dem Thema, sondern konnten ihre Überlegungen und Wünsche mit dem Nationalratsabgeordneten Nikolaus Scherak teilen. Lesen Sie hier Ausschnitte aus dem Podcast:

Schüler:innen: „Servas und Hallo! Wir sind die 7A des Bundesgymnasiums Feldkirch, Rebberggasse und wir sind zwischen 16 und 18 Jahre alt. In diesem heutigen Online Workshop konnten wir uns zum Thema „Europäische Werte“ und „Rechte“, „Rechte von Verbraucher:innen“ und „Sicherheit“ austauschen und Wünsche für die Zukunft der Europäischen Union formulieren. Unser Gast bzw. Diskussionspartner war der Nationalratsabgeordnete Nikolaus Scherak. Wir haben uns in drei kleineren Gruppen mit verschiedenen vertiefenden Zugängen beschäftigt, um europäische Werte und Rechte, Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Sicherheit zu besprechen. Let's go!“

Europäische Werte und Rechte

Schüler:innen: „Unsere Rechte sind zum Beispiel in der Charta der Grundrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Wir bekommen unserer Meinung nach viel zu wenig Infos, sodass wir uns zu wenig einbringen können im EU-Parlament. Wir wollen mehr beeinflussen, wir wollen mehr machen.“

NR Abg. Scherak: „Die große Idee der Zukunftskonferenz ist ja, dass man was beitragen kann, dass die Bürgerinnen und Bürger – in dem Fall ihr – etwas dazu beitragen könnt. Das ist vielleicht schon eine kleine Antwort auf das, was ihr gefordert habt: Ihr wollt mehr beitragen, mehr mitbestimmen. Das wird hier versucht. Die grund-

sätzliche Idee ist, dass Menschen in Europa mehr beitragen, mehr mitbestimmen können an diesen Entscheidungsprozessen. Das halte ich persönlich auch für ganz wichtig.“

Schüler:innen: „Die Charta der Grundrechte könnte man unserer Ansicht nach überarbeiten und erweitern. Jetzt zum Beispiel in Bezug auf die künstliche Intelligenz – ein sehr aktuelles Thema, das uns alle betrifft. Wir wünschten uns mehr Transparenz. Damit wir wissen, wie wir dadurch beeinflusst werden, wie es uns vielleicht einschränkt in unserem Leben oder vielleicht auch nicht. Einfach, dass da viel mehr mit uns kommuniziert wird, aber auch gesetzlich verankert wird.“

NR Abg. Scherak: „Das finde ich sehr spannend. Da braucht ihr neue Gesetze, die das regeln und es braucht hier Transparenz, wie diese Gesetze zustande kommen. Da gibt es ganz viel im Europäischen Parlament, das schon angesprochen wird, und auch im Österreichischen Parlament. Und es ist ganz wichtig, dass sich einfach viele beteiligen und versuchen, das gemeinsam zu machen.“

Rechte von Verbraucher:innen

Schüler:innen: „Es wird bezüglich des digitalen Wandels sehr viel geplant mit dem Schwerpunkt, alles Illegale zu verdrängen. Wir stellen uns jedoch die Umsetzung schwierig vor, denn das Internet wird nicht nur von oder in der EU genutzt. Also, wie sollen dann die Regeln nur in diesem Raum gelten? Außerdem haben wir die Einschätzung, dass aufgrund der Geschwindigkeit im Netz rasch Wege gefunden werden, um Regeln zu umgehen.“

NR Abg. Scherak: „Ja, insbesondere der Schlusssatz, den du gesagt hast, ist sehr richtig. Darum ist es so schwierig. Insbesondere wenn es um Verbrechen geht und jemand versucht, illegale Inhalte auch im Internet zu verbreiten. Das ist echt eine große Herausforderung. Die zweite große Herausforderung ist, wie ihr richtig angesprochen habt, das Internet hört ja nicht an einer Grenze auf, sondern es ist weltweit. Es gibt immer die Möglichkeit, wenn der Server irgendwo anders steht, dass man dort entsprechend keine Handhabung dagegen hat. Das heißt, das ist hochkomplex. Was ich auch schwie-



rig finde ist die Frage, was bedeutet denn „illegaler Inhalt“? Das sind Fragen, die uns massiv beschäftigten und auf die wir ehrlich gesagt auch noch keine abschließenden Antworten haben.“

Schüler:innen: „Wir finden die Überwachung im Internet grundsätzlich schwierig, weil es immer die Gefahr birgt, dass die gesammelten Daten in die falschen Hände gelangen. Auch wenn das Sammeln der Daten eigentlich der Sicherheit dienen sollte.“

NR-Abg. Scherak: „Ich stimme dir zu 100% zu. Ich beschäftigte mich, seitdem ich in der Politik bin und auch davor schon, ganz besonders mit Fragen der Überwachung. Da gibt es zum Glück nicht nur viele Politikerinnen und Politiker, die sich darum kümmern, dass das nicht ausufert, sondern auch zum Glück viele Höchstgerichte. Sei es in Österreich der Verfassungsgerichtshof, sei es auf europäischer Ebene der Europäische Gerichtshof, sei es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die genau darauf schauen, dass eure Verbraucherrechte, eure Bürgerrechte hier nicht eingeschränkt werden.“

Sicherheit

Schüler:innen: „Der Schutz der kritischen Infrastruktur sollte höchste Priorität haben und möglichst krisensicher gestaltet werden. So sollte man sich nicht zu sehr auf öffentlichen Strom und Internet verlassen, sondern immer einen Plan B – wie zum Beispiel Notstromreserven haben, um fatale Auswirkungen bestmöglich zu vermeiden. Gerade für Institutionen wie Krankenhäuser ist eine sichere Infrastruktur sehr wichtig.“

NR Abg. Scherak: „Kann ich zu 100% unterstreichen. Die große Frage, die sich da immer stellt und das ja auch so schwierig ist, ist, dass man nie weiß, auf welchen Notfall man sich vorbereiten muss. Das sind Fragen, die uns die ganze Zeit beschäftigen. Auf die es keine einfache Antwort gibt.“

Schüler:innen: „Der Handel von Gütern, wie zum Beispiel Waffen oder Ausrüstungen, die von europäischen Ländern aus in die Konflikt-Orte exportiert werden, sollte genauer kontrolliert werden. Vor allem auch im Internet, wo auch Einzelhändler:innen – Privathändler:innen – leicht Waffen und Ausrüstung in großen Mengen kaufen können. Und da sollte es bessere Handelseinschränkungen geben.“

NR Abg. Scherak: „Das Ziel teilen wir ja auch alle.

Die Frage ist, wie man es zielgerichtet macht.

Wenn man die herausfindet, die wirklich terroristische Sachen planen und wir suchen diese Nadel im Heuhaufen; also den, der wirklich etwas Terroristisches plant. Aus meiner Sicht verwenden wir aber nicht die richtigen Tools, um die Nadel zu finden, sondern wir machen den Heuhaufen immer größer, weil wir immer mehr Daten sammeln und Sicherheitsbehörden das machen. Was ich da total wichtig finde, ist insbesondere, dass sich hier die europäischen Staaten untereinander besser vernetzen und besser austauschen: Dass Geheimdienste miteinander reden, weil ja leider Gottes sehr oft Dinge nicht verhindert werden konnten, weil der Informationsaustausch zu gering ist. Ich persönlich glaube, man muss nicht mehr Daten sammeln und nicht mehr Leute überwachen, sondern man muss gezielter diejenigen überwachen, die gefährlich sind. Und es braucht einen viel größeren und viel besseren Informationsaustausch zwischen den Ländern. Das würde einfach auch dazu führen, dass die Europäische Union hier mehr Kompetenzen hat und mehr tun kann.“

Schüler:innen: „Von der heutigen Werkstatt haben wir mitgenommen, dass es auch wichtig ist, sich einmal selbst aktiv mit der Politik auszutauschen und auch unsere eigenen Anliegen anzubringen, denn wir als Jugend sollten auch eine Stimme bekommen. Die EU hat sich bis 2025, was nur mehr 3 Jahre dauert, sehr viel vorgenommen. Doch, sind diese Aktionspläne wirklich realisierbar? Wir sehen hier noch sehr viel Handlungsbedarf.“

Fotos: © Parlamentsdirektion / Thomas Topf

UNSERE GÄSTE IM APRIL 2022



Josef Broukal
(Medienexperte)



Krista Federspiel
(Medienexpertin)



Roland Fibich
(Medienexperte)



Fiona Fiedler
(NEOS)



Elisabeth Götze
(GRÜNE)



Daniela Gruber-Pruner
(SPÖ)



Florian Krumböck
(ÖVP)



Katharina Kucharowits
(SPÖ)



Nico Marchetti
(ÖVP)



Martin Polaschek
(Regierungsmitglied)



Walter Rauch
(FPÖ)



Ralph Schallmeiner
(GRÜNE)



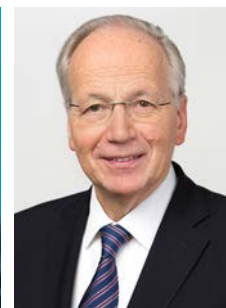
Stefan Schennach
(SPÖ)



Bernhard Schinwald
(EU-Experte)



Katja Sturm-Schnabl
(Zeitzeugin)



Rudolf Taschner
(ÖVP)

Änderungen bis 21. April 2022 wurden berücksichtigt.

IMPRESSUM

Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin, Herstellerin: Parlamentsdirektion

Grundlegende Blattrichtung: Erziehung zum Demokratiebewusstsein.

Änderungen bis 21. April 2022 wurden berücksichtigt.

Anmeldungen für einen Besuch in der Demokratiewerkstatt:

Telefon: 01/40110-2930, E-Mail: demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

www.demokratiewerkstatt.at



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

4CK, HAK, Langenloiser Straße 22 · 3500 Krems

7A, BG/BRG, Donaulände 72 · 3430 Tulln

6A, ÖSTG, Am Klosterberg 1, 3353 Seitenstetten

7A, BG/BRG, Rebberggasse 25–27, 6800 Feldkirch

1C und 1D, BS für Verwaltungsberufe, Embelgasse

46, 1050 Wien